Lagebericht

der

Sparkasse Burbach-Neunkirchen

zum

31.12.2025

Lagebericht 2025

Inhaltsverzeichnis

1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse Burbach-Neunkirchen 3
2. Wirtschaftsbericht 4
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2025 4
2.2 Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025 7
2.3 Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren 8
2.4 Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs 8
2.4.1 Bilanzsumme 8
2.4.2 Aktivgeschäft 9
2.4.2.1 Forderungen an Kreditinstitute 9
2.4.2.2 Kundenkreditvolumen 9
2.4.2.3 Wertpapieranlagen 9
2.4.2.4 Beteiligungen 9
2.4.2.5 Sachanlagen 9
2.4.3 Passivgeschäft 9
2.4.3.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 9
2.4.3.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 9
2.4.4 Dienstleistungsgeschäft 10
2.4.5 Investitionen 10
2.5 Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage 11
2.5.1 Vermögenslage 11
2.5.2 Finanzlage 11
2.5.3 Ertragslage 12
2.6 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage 13
3. Nachtragsbericht 13
4. Risikobericht 14
4.1 Risikomanagementsystem 14
4.2 Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risikoarten 16
4.2.1 Adressenrisiko 16
4.2.1.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft 16
4.2.1.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft 18
4.2.2 Marktpreisrisiko 19
4.2.2.1 Zinsänderungsrisiko 19
4.2.2.2 Spreadrisiko 20
4.2.2.3 Immobilienrisiko 21
4.2.2.4 Beteiligungsrisiko 21
4.2.3 Liquiditätsrisiko 21
4.2.4 Operationelles Risiko 22
4.3 Gesamtbeurteilung der Risikolage 23
5. Chancen- und Prognosebericht 24
5.1 Chancenbericht 24
5.2 Prognosebericht 24
5.2.1 Rahmenbedingungen 24
5.2.2 Geschäftsentwicklung 27
5.2.3 Finanzlage 27
5.2.4 Ertrags- und Vermögenslage 27
5.3 Gesamtaussage 28

1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse Burbach-Neunkirchen

Die Sparkasse Burbach-Neunkirchen mit Sitz in Burbach wurde im Jahr 1866 gegründet und ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL), Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Siegen unter der Nummer A 6144 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von den Gemeinden Burbach und Neunkirchen gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Burbach. Das Satzungsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers, der Amtsgerichtsbezirk Siegen, die Stadt Haiger, die Verbandsgemeinde Daaden-Herdorf und die Verbandsgemeinde Rennerod.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL) und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann ("gesetzliche Einlagensicherung"). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten ("diskretionäre Institutssicherung").

Die Sparkasse bietet als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an, soweit das Sparkassengesetz keine Einschränkungen vorsieht. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft - insbesondere des Mittelstands - und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2025 von 125 auf 128 Beschäftigte erhöht. Von den insgesamt 128 Beschäftigten sind 78 vollzeitbeschäftigt, 42 teilzeitbeschäftigt sowie acht in der Ausbildung.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2025

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft blieben auch im Jahr 2025 herausfordernd. Geopolitische Konflikte, wirtschaftliche und politische Differenzen zwischen den USA, anderen westlichen Industrieländern und China, aber auch tiefgreifende strukturelle Anpassungsprozesse prägten die Weltwirtschaft und insbesondere die globalen Handelsbeziehungen. Dazu kamen die Zollerhöhungen der USA, die zunächst für erhebliche Unsicherheit und verschiedene Vorzieheffekte sorgten, seit dem Inkrafttreten der Zölle eine reale Belastung des Außenhandels darstellen und die Umleitung von Handelsströmen zur Folge haben.

Die weltweite Wirtschaftsleistung nahm im Jahr 2025 nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) – wie bereits im Vorjahr – um 3,3 % zu. Trotz der vielfältigen Belastungen erwies sich die globale Konjunktur damit als insgesamt robust, blieb jedoch weiterhin hinter der Dynamik der Vor-Corona-Jahre zurück. Unter den Industrieländern wuchsen die USA überdurchschnittlich (+2,1 %), während sich Europa weiterhin verhalten entwickelte (Eurozone: +1,4 %).

Der Welthandel legte 2025 um 4,1 % zu. Nach Schätzungen der Welthandelsorganisation (WTO) stieg der weltweite Warenaustausch um 2,4 % (Vorjahr: +2,8 %). Der Handel mit Dienstleistungen wuchs mit 4,6 % weiterhin dynamischer als der Warenhandel, wenngleich sich die Expansion gegenüber 2024 (6,8 %) abschwächte. Die deutsche Wirtschaft, die stark auf den Export von Industriegütern ausgerichtet ist, konnte von dieser Entwicklung folglich nicht profitieren.

Die deutsche Industrie verliert seit einigen Jahren an Wettbewerbsfähigkeit, während andere Volkswirtschaften, insbesondere China – vor allem in den für Deutschland zentralen Industriezweigen Automobil, Chemie und Maschinenbau – zulegen. Dabei sehen sich die deutschen Unternehmen zunehmend mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehören einerseits die Verschlechterung heimischer Standortbedingungen, andererseits Entwicklungen im internationalen Kontext wie Zollerhöhungen, die wachsende Konkurrenzfähigkeit chinesischer Produkte und technologische Entwicklungen, in denen insbesondere die USA und China stärker aufgestellt sind (z. B. künstliche Intelligenz, E-Mobilität).

Vor diesem Hintergrund stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland im Jahr 2025 nach zwei Rückgängen in Folge geringfügig an (+0,2 %). Positiv zum Wachstum beigetragen (0,8 %-Punkte bzw. 0,3 %-Punkte) haben die privaten und die staatlichen Konsumausgaben, die um 1,6 % bzw. 1,3 % zulegten. Die Exporte der deutschen Wirtschaft entwickelten sich im Jahr 2025 erneut rückläufig (-0,4 %). Da die Importe deutlich um 3,6 % zunahmen, reduzierte der Außenbeitrag das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 1,5 Prozentpunkte.

Die Bruttoanlageinvestitionen sanken leicht um 0,2 % (2024: -3,3 %) und wirkten sich damit kaum auf das BIP-Wachstum aus. Die Ausrüstungsinvestitionen waren das dritte Jahr in Folge rückläufig (-1,9 %). Dabei zeigen die Einzeldaten, dass die Ausrüstungsinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren zurückgingen (-5,8 %, nach -6,2 % im Vorjahr), während die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen um 33,1 % zulegten.

Auch der Rückgang der Bauinvestitionen setzte sich fort (-0,6 %), allerdings nicht mehr in dem Maße wie in den Vorjahren 2021 bis 2024. Die Bauinvestitionen reduzierten das BIP im Berichtsjahr um 0,1 Prozentpunkte.

Die schwierige Wirtschaftslage hinterließ im Berichtsjahr 2025 deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg das dritte Jahr in Folge und überschritt im Sommer zeitweise die Grenze von 3 Millionen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 6,0 % (2024) auf 6,3 % und erreichte damit den höchsten Stand seit 2015 (6,4 %). In Nordrhein-Westfalen lag die jahresdurchschnittliche Quote bei 7,8 % (Vorjahr: 7,5 %). Die Zahl der Erwerbstätigen blieb im Jahresdurchschnitt 2025 praktisch unverändert, ähnlich wie im Vorjahr (+0,1 %).

Die steigende Arbeitslosigkeit ist nach Einschätzung von Creditreform – neben den gestiegenen Lebenshaltungskosten – eine der Ursachen für die weitere Zunahme der Verbraucherinsolvenzen. Diese stiegen im Jahr 2025 um 6,5 % auf 76.300 Fälle, und damit auf den höchsten Wert seit dem Jahr 2021.

Bei den Unternehmensinsolvenzen setzte sich der Anstieg im Jahr 2025 fort (+8,3 %), verlor jedoch gegenüber 2024 (+22,5 %) an Dynamik. Mit rund 23.900 Fällen erreichte die Zahl den höchsten Stand seit 2014. Dabei verzeichneten alle Wirtschaftssektoren eine weitere, wenn auch im Vergleich zum

Vorjahr abgeschwächte Zunahme der Insolvenzen. Am stärksten fiel der Anstieg im Handel (+10,4 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (+10,3 %) aus.

Das Insolvenzrisiko hat sich in den letzten vier Jahren deutlich erhöht: Die Insolvenzquote stieg von 47 (2021) auf 76 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Mit einer Quote von 99 blieb das Baugewerbe der mit Abstand am stärksten von Insolvenz bedrohte Wirtschaftsbereich.

Nach den hohen Preissteigerungen der Vorjahre hatte sich die Inflation bereits im Vorjahr deutlich abgeschwächt und verharrte im Berichtsjahr 2025 auf diesem Niveau (+2,2 %). Die Kerninflationsrate lag mit +2,8 % weiterhin über der Gesamtinflation, setzte jedoch ihren Abwärtstrend fort.

Vor dem Hintergrund des geringeren Preisauftriebs führten die um nominal 3,1 % gestiegenen verfügbaren Einkommen zu Realeinkommenszuwächsen der privaten Haushalte. Die Konsumausgaben nahmen mit nominal +4,2 % noch stärker zu. Entsprechend ging die Sparquote auf 10,3 % zurück und entsprach damit in etwa dem Durchschnittswert seit Ende der 1990er-Jahre.

Der Immobiliensektor entwickelte sich im Jahr 2025 weiterhin verhalten. In realer Rechnung sanken die Bauinvestitionen das fünfte Jahr in Folge: insgesamt um 0,6 %, im Wohnungsbau um 2,0 %. Im Vergleich zum Vorjahr verlangsamte sich der Rückgang damit jedoch.

Trotz der schwachen Bautätigkeit mehrten sich im vergangenen Jahr die Anzeichen für eine Belebung im Wohnungsbau. So stieg die Zahl der Baugenehmigungen erstmals seit 2021 wieder an. Mit 238.500 genehmigten Wohnungen lag sie um 10,8 % über dem Vorjahr. Allerdings relativiert sich der starke prozentuale Zuwachs vor dem Hintergrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus von 2024, das den geringsten Stand seit 2010 markiert hatte.

Ebenfalls positiv entwickelten sich die Zusagen für Wohnungsbaukredite und auch die Preise für Wohnimmobilien zogen weiter an. Der Häuserpreisindex stieg in den ersten drei Quartalen 2025 jeweils um rund 1 % gegenüber dem Vorquartal; im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal lagen die Preise um 3 % bis 3,5 % höher. Trotz der zwischenzeitlichen Korrektur bleibt das Preisniveau vergleichsweise hoch.

Im IHK-Bezirk Siegen ist ebenfalls eine leichte Aufhellung der Lagebeurteilung zu beobachten, trotz herausfordernder Rahmenbedingungen (Kosten, bürokratische Hürden, globale Unsicherheiten durch geopolitische Spannungen und Handelsrisiken). So stieg im Jahr 2025 der Industrieumsatz im Kammerbezirk um 1,4 %. Als Treiber fungierte hier der Export (+10,8 %), während der Inlandsumsatz um 5,7 % sank.

Die Arbeitslosenquote liegt mit 5,8 % weiter unter dem Landesdurchschnitt (7,9 %) und dem Bundesdurchschnitt (6,5 %). Hier zeigt der Fachkräftemangel ein Festhalten der Unternehmen an ihren Beschäftigten auch in wirtschaftlich fordernden Zeiten.

Die Geldpolitik in den großen Industrieländern unterschied sich im Jahr 2025 stärker als im Vorjahr. Allerdings setzten die meisten Notenbanken ihren Zinssenkungskurs im Grundsatz fort. Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) ließ den Leitzins bis September 2025 zunächst unverändert, bevor sie den Leitzins in drei Schritten von einer Bandbreite von 4,25 % - 4,50 % auf 3,50 % - 3,75 % absenkte.

Die EZB setzte ihren im Sommer 2024 begonnenen Zinssenkungskurs im ersten Halbjahr 2025 fort. Der Einlagensatz sank in vier Schritten von 3,0 % auf 2,0 % und der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 3,15 % auf 2,15 %. Nach der letzten Zinssenkung am 11. Juni 2025 blieben die Leitzinsen unverändert. Gleichzeitig trieb die EZB den Abbau ihres Anleiheportfolios voran, was der Lockerung der monetären Rahmenbedingungen tendenziell entgegenwirkte.

Die Entwicklung an den langfristigen Anleihemärkten verlief im Jahr 2025 nicht parallel zur Senkung der Leitzinsen. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen, die auch für das Kundengeschäft eine wichtige Bezugsgröße darstellt, lag zu Jahresbeginn 2025 bei 2,37 %. Im weiteren Jahresverlauf erhöhte sie sich unter Schwankungen und belief sich zum Jahresende auf 2,86 %.

Trotz des unsicheren weltwirtschaftlichen Umfelds war das Jahr 2025 erneut ein sehr gutes Börsenjahr. Alle großen Aktienindizes legten mit zweistelligen Raten zu. Der Nasdaq 100 stieg nach einem Plus von mehr als einem Viertel im Vorjahr erneut kräftig an (+20,5 %), während der Dow Jones mit +13 % erneut schwächer zulegte. Ebenfalls deutlich überdurchschnittlich zeigte sich der Deutsche Aktienindex (DAX). Trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland verzeichnete er ein Plus von rund 23 % im Jahresverlauf und erreichte neue Allzeithochs.

Branchenumfeld

In einem weiterhin herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld zeigten sich die deutschen Kreditinstitute nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank im Jahr 2025 insgesamt stabil und solide kapitalisiert.

Die Kreditvergabe belebte sich im Berichtsjahr weiter, wenn auch auf niedrigem Niveau. Der Bestand der Kredite an inländische Nichtbanken stieg von Ende 2024 bis Ende 2025 um 3,7 % (Vorjahr: + 1,4 %). Dabei nahmen insbesondere die Kredite an öffentliche Haushalte überdurchschnittlich zu. In geringerem Maße, aber auch überdurchschnittlich, legte der Bestand an Unternehmenskrediten zu, dieser lag zum Jahresende 2025 4,4 % über dem Vorjahreswert (2024: +1,0 %).

Das gesamte Neukreditvolumen für den privaten Wohnungsbau lag im Jahr 2025 rund 21 % über dem Volumen des Vorjahres (2024: +ca. 23 %). Dennoch lag es damit weiterhin unter den Werten in den Rekordjahren 2019 bis 2022.

Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten auch die Sparkassen in Westfalen-Lippe. Das Kredit-Neugeschäft hat sich erneut klar verbessert, blieb jedoch deutlich hinter dem Volumen unmittelbar vor der EZB-Zinswende zurück. Im Neugeschäft mit Unternehmen und Selbständigen kam es zu einer Zunahme um 19,2 % (2024: +2,2 %), bei den Darlehenszusagen für den privaten Wohnungsbau um 20,9 % (2024: +25,1 %).

Der Bestand der Kundenkredite nahm um 2,6 % zu. Gestützt wurde das Wachstum der Kundenkreditbestände vom Kreditgeschäft mit Firmenkunden. Der Kreditbestand der Unternehmen und Selbständigen stieg um 2,2 % an (Vorjahr: +1,6 %). Aber auch im Geschäft mit privaten Kunden (+1,8 %) und mit öffentlichen Haushalten (+27,2 %) führte die anziehende Nachfrage zu deutlichen Bestandszuwächsen.

Auf der Passivseite kam es bei den Kreditinstituten im Inland im Jahresverlauf 2025 zu einer Zunahme der Einlagen von Nichtbanken um 2,5 % (2024: +4,2 %). Dabei legten die Sichteinlagen wieder stärker zu (+6,3 % nach +3,5 % im Vorjahr). Die Termineinlagen dagegen gingen leicht zurück (-0,7 %) nach einer deutlichen Zunahme im Vorjahr (+8,6 %).

Die Spareinlagen setzten ihren Abwärtstrend im Berichtsjahr fort (-3,9 %, nach -8,9 % in 2024). Auch der Bestand an Sparbriefen ging im Berichtsjahr zurück (-1,2 %). Hier hatte sich nach zuvor hohen Steigerungsraten (2023: +311 %, 2024: + 11 %) bereits zum Jahresende 2024 eine rückläufige Nachfrage abgezeichnet.

Auch das Einlagengeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen war im Jahr 2025 durch Mittelzuflüsse und zinsinduzierte Umschichtungen geprägt. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen legte um 1,6 % zu, getrieben insbesondere durch das Privatkundengeschäft. Dabei setzte sich der Rückgang der Spareinlagen weiter fort. Seit dem Beginn der EZB-Zinswende verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen einen Rückgang der Spareinlagen um mehr als 40 %.

Nach den hohen Mittelzuflüssen bei Eigenemissionen und Termineinlagen im Vorjahr (+41,7 % bzw. +11,4 %), verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen im Berichtsjahr 2025 Abflüsse bei diesen Anlageprodukten (-4,3 % bzw. -2,5 %). Bei täglich fälligen Geldern, verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen starke Mittelzuflüsse (+5,8 %). In der Folge erhöhte sich der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen weiter und lag zum Jahresende 2025 bei 64 % (zum Vergleich 2015: 52,8 %; 2005: 27,2 %).

Das Umsatzwachstum im Kundenwertpapiergeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen hat sich im Jahr 2025 weiter fortgesetzt (+16,3 %) und erreichte den höchsten jemals erreichten Wert. Auch der Nettoabsatz an Kunden stieg kräftig.

Die Bundesbank konstatiert in ihrem Finanzstabilitätsbericht 2025 eine breit angelegte, im historischen Vergleich jedoch moderate Zunahme der Risiken im Kreditgeschäft. Insgesamt seien die erwarteten Verluste für die Mehrheit der Institute beherrschbar, wirken jedoch dämpfend auf die Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft. Darüber hinaus sieht die Bundesbank die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute durch steigende Investitionskosten für die IT-Sicherheit und die Folgen der ab Juni 2024 erfolgten Leitzinssenkungen unter Druck.

Bei den Sparkassen in Westfalen-Lippe zeigte sich die zentrale Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert. Beim Provisionsüberschuss konnte ebenfalls erneut eine Zunahme

verzeichnet werden. Der Verwaltungsaufwand stieg wieder stärker, was insbesondere auf deutlich steigende Sachkosten zurückzuführen war. Die neugebildete Risikovorsorge im Kreditgeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen zeigte sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

2.2 Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025

Zum 1. Januar 2025 trat der größte Teil des aktualisierten Basel-III-Regelwerks als EU-Bankenpaket in Kraft, das aus der Capital Requirements Regulation (CRR III) als unmittelbar geltende Verordnung und der in nationales Recht umzusetzenden Capital Requirements Directive (CRD VI) besteht. Kernziele sind eine verbesserte Eigenkapitalausstattung, der Abbau von Bürokratie, die Integration von ESG-Risiken (Umwelt, Soziales, Governance) sowie eine harmonisierte Aufsicht. Die Umsetzung der CRD VI in nationales Recht soll im Jahr 2026 mit dem Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) erfolgen. Insgesamt führen die Regelungen zu stärkeren Eigenkapitalanforderungen, da Risiken konservativer zu bewerten sind und infolgedessen mehr hartes Kernkapital vorzuhalten ist. Die Regeln für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken wurden überarbeitet und mit dem Ziel einer besseren Vergleichbarkeit der Banken und mehr Transparenz stärker standardisiert. Dabei profitieren kleinere, weniger komplexe Institute von vereinfachten Melde- und Offenlegungsverfahren. Gleichzeitig werden die Anforderungen an die Geschäftsorganisation, das Risikomanagement und die internen Kontrollen präzisiert. Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken müssen nunmehr systematisch in die Geschäftsstrategie und das Risikomanagement einbezogen werden. Ergänzend stärkt das Bankenpaket die Vorgaben zur Sanierung und Abwicklung von Banken, damit Institute im Krisenfall ohne Belastung von Steuerzahlern abgewickelt werden können.

Die im Mai 2024 veröffentlichte 8. MaRisk-Novelle, entfaltete im Jahr 2025 ihre volle Wirkung, da die erstmals formulierten Anforderungen an das Risikomanagement von Kreditspreadrisiken im Anlagebuch bis zum 31. Dezember 2024 umzusetzen und somit im Geschäftsjahr 2025 anzuwenden waren.

Seit dem 17. Januar 2025 ist die EU-Verordnung „Digital Operational Resilience Act“ (DORA) verbindlich für Banken und andere Finanzinstitute in der EU anzuwenden, mit spürbaren Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Praxis der Institute. Mit DORA wurde ein harmonisierter, einheitlicher Rechtsrahmen für die digitale Betriebs- und Cyber-Resilienz im Finanzsektor geschaffen. In diesem Zusammenhang mussten Banken ihre Governance, Risikoanalyse, Schutz-, Erkennungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen in Bezug auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) deutlich verbessern. Bestehende nationale IT-Richtlinien, wie z. B. die Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT) wurden durch die Vorgaben der DORA ersetzt.

Mit der EU-Richtlinie Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) wird die nicht-finanzielle Berichterstattung zu einer Nachhaltigkeitsberichterstattung weiterentwickelt. Die Umsetzungsfrist der Richtlinie (bis zum 6. Juli 2024) wurde durch Deutschland versäumt, was zur Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU geführt hat. Am 3. September 2025 hat die Bundesregierung einen neuen Entwurf des CSRD-Umsetzungsgesetzes beschlossen. Dieser Regierungsentwurf sieht weitestgehend eine vollständige Übernahme der bestehenden EU-Vorgaben in nationales Recht vor und enthält zudem Regelungen aus der sogenannten Omnibus-Initiative zur Änderung der CSRD. Dies betrifft insbesondere die künftige Einschränkung des Anwendungsbereichs der CSRD und die damit verbundene Verringerung des Kreises der zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichteten Unternehmen. Bis zum Inkrafttreten des CSRD-Umsetzungsgesetzes gilt weiterhin der bisherige Rechtsrahmen zur nichtfinanziellen Berichterstattung.

Des Weiteren wurden im Jahr 2025 für Banken wesentliche Neuerungen zur Geldwäschebekämpfung eingeführt, u. a. durch aktualisierte Auslegungs- und Anwendungshinweise (AuA) der BaFin zum Geldwäschegesetz, die ab dem 1. Februar 2025 anzuwenden waren. Der Fokus liegt auf strengeren risikobasierten Ansätzen, neuen Pflichten bei Krypto-Transaktionen, verstärkten Prüfungen der IT-Systeme und einer ab Oktober 2025 durchzuführenden Empfängerüberprüfung bei Überweisungen. Zum 1. Juli 2025 hat die neue europäische Anti-Geldwäsche-Behörde, Anti-Money Laundering Authority (AMLA), ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie soll künftig für eine effizientere und besser koordinierte Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sorgen.

2.3 Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Kennzahlen stellen unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren dar:

Kennzahlen
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern[1]
Harte Kernkapitalquote[2]
Wachstum Forderungen an Kunden[3]
Wachstum Verbindlichkeiten gegenüber Kunden[4]
Eigenkapitalzuführung[5]
Cost-Income-Ratio[6]
Betriebsergebnis vor Bewertung[7]
Provisionsüberschuss[8]

[1] Eigenkapitalrentabilität vor Steuern =
Ergebnis vor Ertragsteuern bezogen auf das wirtschaftliche Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres
[2] Harte Kernkapitalquote =
Verhältnis des angerechneten harten Kernkapitals zu risikobezogene Positionswerten
[3] Wachstum Forderungen an Kunden =
Bilanzpositionen Aktiva 4 (ohne Wertberichtigungen und Schuldscheine zur Geldanlage), Aktiva 9 und Eventualverbindlichkeiten in %
[4] Wachstum Verbindlichkeiten gegenüber Kunden =
Bilanzpositionen Passiva 2 und Passiva 9 in %
[5] Eigenkapitalzuführung in % der DBS =
Zuführung zu den Reserven nach §§ 340f und 340g HGB, Jahresüberschuss sowie ggfs. Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage
[6] Cost-Income-Ratio =
Verwaltungsaufwand in Relation zum Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)
[7] Betriebsergebnis vor Bewertung =
Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)
[8] Provisionsüberschuss = Provisionserträge abzüglich Provisionsaufwand

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir die Bestimmung der bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren neu definiert. Ergänzend zu den bestehenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren wurde im Berichtsjahr der Provisionsüberschuss hinzugefügt.

2.4 Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

2.4.1 Bilanzsumme

Die Bilanzsumme hat sich im Jahr 2025 um 38,1 Mio. EUR bzw. 4,7 % auf 854,9 Mio. EUR erhöht. Die von uns erwartete Steigerung wurde im Geschäftsjahr leicht übertroffen. Gründe hierfür liegen unter anderem in der Ausweitung der Kreditinanspruchnahmen und der institutionellen Refinanzierung.

2.4.2 Aktivgeschäft

2.4.2.1 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute verminderten sich um 6,6 Mio. EUR auf 56,8 Mio. EUR.

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute ist vor allem auf deren Umschichtung zu Gunsten der Barreserve zurückzuführen. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und Schuldscheindarlehen zusammen.

2.4.2.2 Kundenkreditvolumen

Infolge der Zinsentwicklung im Jahr 2025 war eine Erhöhung der Kreditnachfrage zu beobachten. Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4 und 9) erhöhten sich von 561,3 Mio. EUR auf 581,4 Mio. EUR.

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich fast ausschließlich im langfristigen Bereich. Entgegen dem von uns erwartendem Wachstum der Kundenforderungen von 1,4 % verzeichneten wir im Jahr 2025 ein Wachstum von 3,6 %.

Während der Darlehensbestand im Segment der Privatkunden nur leicht anstieg (223,1 Mio. EUR), erhöhte sich der gewerbliche Darlehensbestand deutlich um 7,3 % auf 274,7 Mio. EUR.

Im Geschäftsjahr wurden neue Kredite in Höhe von insgesamt 108,8 Mio. EUR zugesagt (Vorjahr: 83,6 Mio. EUR). Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus lagen mit einem Volumen von 55,9 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahreswert von 46,2 Mio. EUR.

2.4.2.3 Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag reduzierte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen (Aktiva 5 und 6) gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3,6 Mio. EUR auf 122,1 Mio. EUR. Für den Rückgang waren insbesondere Fälligkeiten in Höhe von 2,5 Mio. EUR maßgeblich.

2.4.2.4 Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2025 stieg das Volumen der Beteiligungen um 0,1 Mio. EUR auf 13,0 Mio. EUR. Davon entfallen 6,8 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und 4,1 Mio. EUR auf die Beteiligung an der Heller Grund GmbH & Co. KG.

Die Veränderung ergab sich zum einen aus Zuschreibungen auf die Unterbeteiligung am Kommanditanteil des DSGV ö.K. Sondervermögen Berlin in Höhe von 0,1 Mio. EUR. Zum anderen kam es zu Eigenkapitalzuführungen an die Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

2.4.2.5 Sachanlagen

Die Sachanlagen erhöhten sich von 7,7 Mio. EUR auf 10,8 Mio. EUR.

Die deutliche Erhöhung ist auf die Fertigstellung einer neuen zeitgemäßen Geschäftsstelle in Neunkirchen zurückzuführen.

2.4.3 Passivgeschäft

2.4.3.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich deutlich von 102,4 Mio. EUR auf 152,3 Mio. EUR. Es handelt sich dabei überwiegend um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen. Darüber hinaus stärken die Mittel die Liquidität der Sparkasse.

2.4.3.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden reduzierten sich deutlich von 603,4 Mio. EUR auf 586,9 Mio. EUR.
Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung bevorzugten unsere Kunden insbesondere liquide Anlageformen. Höher verzinsliche Sparkassenbriefe dienten als kurzfristige Zwischenanlage.

Entgegen der im Vorjahr geäußerten Erwartungen zur Bestandentwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (leichte Steigerung von 1,2 %) haben sich diese rückläufig entwickelt. Der Rückgang

ist insbesondere auf die befristeten Einlagen zurückzuführen, die nach Auslaufen der Zinsvereinbarung abgeflossen sind oder in Sichteinlagen umgeschichtet wurden.

2.4.4 Dienstleistungsgeschäft

Vermittlung von Wertpapieren
Die Wertpapierumsätze nahmen gegenüber dem Vorjahr um 38,1 % zu und erreichten einen Wert von 218,0 Mio. EUR. Gleichzeitig stiegen sowohl der Nettoabsatz um 21,8 Mio. EUR als auch die Bestände um 37,2 Mio. EUR.

Immobilienvermittlung
Die Vermittlung von Immobilien hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Es wurden insgesamt 47 Objekte (Vorjahr: 34 Objekte) vermittelt. Die Summe der Objektwerte der vermittelten Immobilien konnte im Vergleich zum Vorjahr um 51,4 % auf 10,5 Mio. EUR gesteigert werden.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen
Im Geschäftsjahr wurden 178 Bausparverträge mit einer Bausparsumme von insgesamt 11,6 Mio. EUR abgeschlossen, was bezogen auf das Volumen einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. EUR bedeutet.

Im Bereich der Lebensversicherungen hat sich zwar die Beitragssumme reduziert, die Stückzahl ist jedoch deutlich angestiegen. Es wurden 119 neue Lebensversicherungsverträge mit einer Beitragssumme von 6,7 Mio. EUR (Vorjahr: 12,6 Mio. EUR) abgeschlossen.

Bei den Kompositversicherungen hat sich die Anzahl der Neuabschlüsse von 483 auf 455 reduziert. Die Beitragssumme lag mit 0,4 Mio. EUR 17,9 % über dem Niveau des Vorjahres.

2.4.5 Investitionen
Für die Baumaßnahme in der Ortsmitte Neunkirchen und dem damit verbundenen Neubau unserer Geschäftsstelle in Neunkirchen wurden im Geschäftsjahr 2,1 Mio. EUR investiert. Durch die damit verbundene Vergrößerung unserer Geschäftsräume schaffen wir ein Kompetenzzentrum auch für unsere Vermögens- und Firmenkunden statt wie bisher lediglich für Privatkunden und Kunden unserer Versicherungsagentur. Des Weiteren wurde unser SB-Standort in Neunkirchen erneuert.

In die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde im Geschäftsjahr aufgrund des Bezugs der neuen Geschäftsstelle in Neunkirchen in großem Umfang investiert. Bei dem Betrag von 1,7 Mio. EUR handelt es sich im Wesentlichen um die Anschaffung neuer Büromöbel und EDV-Ausstattungen. Zusätzlich wurde in den Innenausbau einer Gewerbefläche in der Ortsmitte Neunkirchen investiert, wo seit Dezember 2025 eine Kooperation unserer Immobilienvermittlung mit der FREIRAUM 4 GmbH und den Siegenern Versorgungsbetrieben besteht.

2.5 Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

2.5.1 Vermögenslage

Der Anteil des Kundenkreditvolumens an der Bilanzsumme hat sich leicht von 68,7 % auf 68,0 % verringert. Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beträgt 68,8 % (im Vorjahr: 73,9 %). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich bei den Wertpapieranlagen eine Reduzierung des Strukturanteils von 15,4 % auf 14,3 %.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die Eigenkapitalbestandteile der Sparkasse erhöhen sich insgesamt auf 103,3 Mio. EUR (Vorjahr: 99,2 Mio. EUR). Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2024. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2025 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 26,9 Mio. EUR (Vorjahr 26,2 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine Zuführung von 3,4 Mio. EUR auf 76,4 Mio. EUR erhöht. Es wurde eine Eigenkapitalzuführung in Höhe von 2,9 Mio. EUR erwartet.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) übertrifft am 31. Dezember 2025 mit 16,2 % (Vorjahr: 19,3 %) die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie kombinierte Kapitalpufferanforderung gemäß § 10i KWG). Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2025 betragen 629,6 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 102,3 Mio. EUR. Die harte Kernkapitalquote beträgt 15,6 % und liegt damit unter unserer Prognose in Höhe von 16,7 % für 2025. Grund hierfür ist der Verzicht auf die Wohnimmobilienprivilegierung. Die Sparkasse weist dennoch eine gute Eigenmittelbasis auf.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2025 11,8 % und liegt damit über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %.

Auf Grundlage unserer zum 30. Dezember 2025 erstellten Kapitalplanung bis zum Jahr 2030 ist eine ausreichende Kapitalbasis für die Erfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung sowie die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

2.5.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag in Jahr 2025 mit mindestens 162,6 % deutlich oberhalb des Mindestwerts von 100,0 %. Die LCR lag zum 31. Dezember 2025 bei 211,5 %. Die strukturelle Liquidätsdeckungsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) lag in einer Bandbreite von 119,3 % bis 126,3 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100,0 % durchgängig eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank wurden nicht in Anspruch genommen.
Zur Verbesserung der Liquiditätsverhältnisse (einschließlich der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffer) hat der Vorstand im Berichtsjahr Kündigungsgelder in Höhe von insgesamt 31,0 Mio. EUR erworben.

Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

2.5.3 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2025	2024	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	15,8	14,3	+ 1,5	+ 10,5
Provisionsüberschuss	6,0	6,0	---	---
Sonstige betriebliche Erträge	2,6	0,7	+ 1,9	+ 271,4
Personalaufwand	9,4	8,5	+ 0,9	+ 10,6
Anderer Verwaltungsaufwand	5,5	5,8	- 0,3	- 5,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1,3	1,0	+ 0,3	+ 30,0
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	**8,2**	**5,7**	+ 2,5	+ 43,9
Aufwand (Vorjahr: Ertrag) aus Bewertung und Risikovorsorge	2,6	+ 0,1	- 2,7	---
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	3,4	3,8	- 0,4	- 10,5
Ergebnis vor Steuern	**2,2**	**2,0**	+ 0,2	+ 10,0
Steueraufwand	1,5	1,4	+ 0,1	+ 7,1
Jahresüberschuss	**0,7**	**0,7**	---	---

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8 und 20
Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Ertragslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2025	2024
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern	5,63 %	6,13 %
Cost-Income-Ratio	69,1 %	71,2 %
Betriebsergebnis vor Bewertung	0,82 %	0,71 %
Provisionsüberschuss	6,0 Mio. EUR	6,0 Mio. EUR

Das Betriebsergebnis vor Bewertung auf Basis von Betriebsvergleichswerten beträgt 0,82 % der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2025 und liegt somit + 0,11 % über dem Vorjahreswert. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 0,87 % wurde aufgrund höherer Verwaltungsaufwendungen nicht erreicht.

Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 5,63 % unter dem Vorjahreswert von 6,13 %. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 4,2 % wurde deutlich übertroffen. Grund hierfür ist der Sondereffekt aus dem Verkauf der ehemaligen Geschäftsstelle in Neunkirchen.

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss besser entwickelt als erwartet. Er erhöhte sich um 1,7 Mio. EUR auf 15,7 Mio. EUR.

Der Provisionsüberschuss übertrifft mit 6,0 Mio. EUR das im Vorjahreslagebericht prognostizierte Niveau. Gründe hierfür sind zum einen höhere Provisionserträge im Privat- und Firmenkundengeschäft sowie ein leicht geringerer Provisionsaufwand im Bereich des Darlehensgeschäfts.

Des Weiteren ist der Personalaufwand entgegen den Erwartungen um 12,0 % auf 9,3 Mio. EUR gestiegen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge der personellen Aufstockung in 2025 sowie der zusätzlichen Aufwendungen infolge der Tarifeinigung.

Der Sachaufwand verminderte sich aufgrund gesunkener Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter um 4,9 % auf 5,8 Mio. EUR.

Die Cost-Income-Ratio verminderte sich hierdurch von 71,2 % auf 69,1 %. Der im Vorjahr prognostizierte Wert von 66,3 % wurde damit leicht überschritten.

Abschreibungen und Wertberichtigungen führten nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) nach handelsrechtlicher Sicht zu einem negativen Ergebnis von 2,6 Mio. EUR.

Während sich aus dem sonstigen Bewertungsergebnis ein Ertrag in Höhe von 2,3 Mio. EUR insbesondere aufgrund der Veräußerung einer Geschäftsstelle ergeben hat, stellten sich die Bewertungsergebnisse aus dem Kredit- und Wertpapiergeschäft jeweils deutlich negativ dar.

Der Fond für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB wurde deutlich um 3,4 Mio. EUR aufgestockt.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2025 0,08 %.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs ist die Sparkasse mit der Entwicklung der Ertragslage im Jahr 2025 zufrieden. Das Kundengeschäftsvolumen konnte um 47 Mio. EUR gesteigert werden und bestätigt das Vertrauen der Kunden in Ihre Sparkasse.

2.6 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir die Geschäftsentwicklung als zufriedenstellend. Trotz einer Unterschreitung des geplanten Betriebsergebnisses aufgrund der gestiegenen Verwaltungsaufwendungen konnten wir unter Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals erzielen. Das bietet uns eine gute Grundlage für die künftige Geschäftsausweitung.

3. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

4. Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (ökonomische Perspektive) und einer Kapitalplanung (normative Perspektive) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung. Dabei werden auch die Auswirkungen von ESG-Risiken berücksichtigt.

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele der Sparkasse für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Ziel der Risikoinventur ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Dabei werden auch die Auswirkungen von ESG-Risiken auf die Risikoarten untersucht. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Immobilienrisiko
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	
Beteiligungsrisiko	

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2025 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 126,5 Mio. EUR. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 93,0 Mio. EUR wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Die bereit gestellten Limite reichten sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des Gesamtrisikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Adressenrisikos zwischen dem Kunden- und dem Eigengeschäft und innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen und Spreads risikomindernde Diversifikationseffekte.

Das auf der Grundlage des Gesamtlimits eingerichtete Limitsystem stellt sich zum 31. Dezember 2025 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit	Limitauslastung	
		Mio. EUR	Mio. EUR	%
Adressenrisiko	Kundengeschäft	10,5	6,6	62,9
	Eigengeschäft	5,0	3,0	60,0
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko	38,0	29,5	77,6
	Spreadrisiko	13,0	9,1	70,0
	Immobilienrisiko	8,5	6,2	72,9
Liquiditätsrisiko	Refinanzierungskostenrisiko	9,0	7,8	86,7
Operationelles Risiko		6,5	5,7	87,7
Beteiligungsrisiko		2,5	1,9	76,0
Risikotragfähigkeitslimit/Gesamtrisiko		**93,0**	**69,8**	**75,1**

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko in der Risikotragfähigkeitsberechnung nicht berücksichtigt werden kann, erfolgt die Betrachtung im Wesentlichen über die vierteljährliche Ermittlung der Überlebensperiode.

Die Risikoauslastung bezogen auf das gesamte Risikodeckungspotential beträgt 55,3 %. Die zuständige Abteilung steuert die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2030. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von fünf Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Gleiches gilt im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden mindestens jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (Validierung).

Die Sparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei extremen Ereignissen die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Die turnusmäßige Risikoberichterstattung an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ggfls. ergänzende Berichte zu den wesentlichen Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (Interne Kontrollverfahren) zählen neben den eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der sog. Besonderen Funktionen (Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision).

Die Risikocontrolling-Funktion, die aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Aufgabe, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl,

die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren und die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet sie die Umsetzung der aufsichtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter der Abteilung Gesamtbanksteuerung. Unterstellt ist er dem Marktfolgevorstand.

Die Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Sparkasse wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin. Ferner hat sie den Vorstand hinsichtlich der Einhaltung dieser rechtlichen Regelungen und Vorgaben zu unterstützen und zu beraten.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung wesentlicher geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität bestehen Definitionen und Regelungen.

4.2 Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risikoarten

4.2.1 Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht.

Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert hat.

Das Länderrisiko umfasst neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko, z. B. aus einem Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein sonstiger Schuldner sein, der seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Der Value-at-Risk wird in der ökonomischen Perspektive über eine Monte-Carlo-Simulation in der Anwendung Credit Portfolio View (CPV) ermittelt. Dabei wird die Wertentwicklung der einzelnen Geschäfte in einem jeweils spezifischen ökonomischen Umfeld simuliert. Zur Bewertung werden neben den Portfoliodaten der Sparkasse Risikoparameter (z. B. Ausfallzeitreihen, Korrelationen, Migrations- und Shiftmatrizen, Verwertungs-, Neubewertungs- und Einbringungsquoten) verwendet, die aus historischen Daten aller Sparkassen ermittelt wurden. Die Risikomessung von Kunden- und Eigengeschäft erfolgt integriert (Diversifikationseffekte).

4.2.1.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung der Adressenrisiko des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der

gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldiensttragfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenze überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive der IT-Anwendung „GBS“
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkundenkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	**Buchwerte***	
	31.12.2025 Mio. EUR	**31.12.2024 Mio. EUR**
Firmenkundenkredite	284,7	262,5
Privatkundenkredite	226,5	223,6
Weiterleitungsdarlehen	77,7	80,0
darunter für den Wohnungsbau	*(28,7)*	*(24,4)*
Darlehen an öffentliche Haushalte	3,7	3,8
Gesamt	**592,6**	**569,9**

Tabelle: Kreditgeschäft der Sparkasse *ohne Abzug von EWB und Vorsorgereserven

Zum 31. Dezember 2025 wurden etwa 56,9 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 43,1 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Firmenkundenkreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden mit 30,7 % die Ausleihungen an die Branche Grundstücks- und Wohnungswesen. Darüber hinaus entfallen 18,0 % auf die Branche verarbeitende Gewerbe.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 51,9 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 0,75 Mio. EUR, 19,6 % auf Kreditengagements zwischen 0,75 Mio. EUR und 2,5 Mio. EUR sowie 28,5 % auf Kreditengagements größer 2,5 Mio. EUR.

Die Kreditrisikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Zum 31. Dezember 2025 ergibt sich im Kundengeschäft folgende Ratingklassenstruktur:

Ratingklasse	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	92,0	89,6
10 bis 15	6,7	8,2
16 bis 18	1,0	1,7
Gesamt	**99,7**	**99,5**

Das Länderrisiko ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgenden Bereichen: Branchenkonzentration bei der Branche Grundstücks- und Wohnungswesen, Risikokonzentration aufgrund der regionalen Begrenzung des Geschäftsgebietes, Konzentration im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten und strukturelle Auffälligkeiten hinsichtlich der Ratingstruktur im kommerziellen Immobiliengeschäft.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert ist.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2025	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2025
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Einzelwertberichtigungen	2.313	1.698	421	1.056	2.534
Rückstellungen	8	16	0	1	25
Pauschalwertberichtigungen	1.047	332	0	0	1.379
Pauschale Rückstellungen*	131	88	7	0	212
Gesamt	**3.499**	**2.134**	**428**	**1.055**	**4.151**

* Für nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Das Verfahren für die Bildung der Pauschalwertberichtigung ist im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.

Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2025 zeigt im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung aufgrund der Zuführung zu den Einzelwertberichtigungen.

4.2.1.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann.

Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt

werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko.

Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen.
Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen sowie des Risikos der Engagements. Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittentenlimite) und Anlageinstrument
- Festlegung von Ausfalllimiten je Emittentengruppe (öffentliche Haushalte, S-Finanzgruppe, sonstige Banken oder Unternehmen) und Anlageinstrument
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View"
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive mit der IT-Anwendung „GBS“

Kontrahenten-Limite bestehen nicht, da sämtliche Handelsgeschäfte grundsätzlich über Institute innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe bzw. als Zug-um-Zug Geschäfte abgeschlossen werden.

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 166,4 Mio. EUR. Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (107,7 Mio. EUR), Schuldscheindarlehen (44,2 Mio. EUR) und Immobilienfonds (14,4 Mio. EUR). Bei dieser Betrachtung erfolgte eine Durchschau des Spezialfonds (64,4 Mio. EUR) auf erster Ebene.

Dabei zeigt sich nachfolgende Ratingverteilung:

Externes Rating Standard & Poor's	AAA bis BBB+	BBB bis BBB-	BB+ bis BB-	B+ bis C	Ausfall	ungeratet
31.12.2025	85,7%	5,7%	-	-	-	8,6%
31.12.2024	84,9%	6,6%	-	-	-	8,5%

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen Wertpapiere verfügen ausnahmslos über ein Rating im Bereich des Investmentgrades. Keine Ratings liegen bei Anteilen an Immobilien-Investmentfonds vor.

Das Länderrisiko ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Unternehmen der S-Finanzgruppe, die zum Jahresende rund 45,6 Mio. EUR ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, die überwiegend auf Gesellschaften der Sparkassen-Finanzgruppe entfallen.

4.2.2 Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds.

4.2.2.1 Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus einer unerwarteten negativen Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Bestandteile des Zinsänderungsrisikos sind das Fristentransformations- und das Basisrisiko.

Das Fristentransformationsrisiko entsteht aus der Fristentransformation der Geschäfte und der Veränderung der Zinskurve. Bei der Veränderung kann es sich um eine parallele Verschiebung oder eine Drehung handeln, d. h. die Kurve wird flacher oder steiler. Die Veränderung kann sich auf die gesamte Kurve auswirken oder auf Teile davon.

Das Basisrisiko entsteht, wenn sich die Zinssätze an den identischen (oder annähernd gleichen) Stützstellen unterschiedlicher Zinskurven (ggf. auch von Kurven in verschiedenen Währungen) unterschiedlich entwickeln.

In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie einer Bildung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendungen „MPR“ und „GBS“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Der VaR wird mit einer Haltedauer von 90 Tagen mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % berechnet.
- Ermittlung der wert- und ertragsorientierten Perspektive auf Basis der DelVO (EU) 2024/856 und der DelVO (EU) 2024/857 jeweils vom 1. Dezember 2023
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken wurden neben bilanzwirksamen Instrumenten in Form langfristiger Refinanzierungen auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss). Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen.

Die Sparkasse berechnet die aufsichtlichen sechs IRRBB-Szenarien (Interest Rate Risk in the Banking Book). Zum 31. Dezember 2025 macht die Barwertveränderung in dem ungünstigsten Szenario bei einer Parallelverschiebung aufwärts um +200 BP -23,3 Mio. EUR aus; das sind -23,7 % des Kernkapitals.

In der ertragsorientierten Perspektive, in der der Nettozinsertrag aus den beiden Zinsschockszenarien von + bzw. -200 Basispunkte mit einem Basisszenario gleichbleibender Zinsen verglichen wird, ergeben sich zum 31. Dezember 2025 Auswirkungen in Höhe von - 2,5 Mio. EUR bzw. - 2,55 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und 0,02 Mio. EUR bzw. 0,02 % des Kernkapitals (-200 Basispunkte).

Konzentrationen bestehen hinsichtlich des hohen Anteils variabel verzinslicher Passiva in der Bilanz der Sparkasse.

4.2.2.2 Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Spreadszenarien mittels der IT-Anwendung „Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus“
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

4.2.2.3 Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften).

In der normativen Perspektive umfasst das Immobilienrisiko darüber hinaus das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Szenarien
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „caballito“

Immobilien im Eigenbestand und in Immobilienfonds werden in einem überschaubaren Umfang gehalten. Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar.

4.2.2.4 Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine unerwartete negative Wertänderung einer Beteiligung.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung des Beteiligungsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Sparkassenverbands für die Verbundbeteiligungen
- In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung auf Basis einer Szenarioanalyse berücksichtigt.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen
- Regelmäßige qualitative Beurteilung der Unternehmensentwicklung, der strategischen Ausrichtung sowie der Marktstellung des jeweiligen Beteiligungsunternehmens

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente zum 31. Dezember 2025:

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert
Strategische Beteiligungen	7.792 TEUR
Funktionsbeteiligungen	0 TEUR
Kapitalbeteiligungen	0 TEUR

Das Beteiligungsportfolio besteht vorwiegend aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe.

4.2.3 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads sowie aus der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive ergibt sich aus der negativen Veränderung des Liquiditätsbeitrages aufgrund von marktbedingten Spreadschwankungen.

In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen abgebildet. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der LCR
- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der strukturellen Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „SVP-Rechner“
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „RKR“
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird.

Die Survival Period der Sparkasse beträgt zum 31. Dezember 2025 vier Monate.

Konzentrationen bestehen beim Liquiditätsrisiko in folgenden Bereichen: Hoher Anteil von lediglich kurzfristig gebundenen Bilanzpassiva als Hauptrefinanzierungsquelle, hoher Bestand an täglich fälligen Kundeneinlagen. Die Sparkasse hat unter anderem zur Reduzierung der Konzentration langfristige institutionelle Refinanzierungen in Höhe von insgesamt 40,0 Mio. EUR abgeschlossen.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

4.2.4 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien"
- systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Abbildung im Plan- und adversen Szenario
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“. Hierbei stellt die SR Risikoparameter bereit, die aus eingetretenen Schäden von Sparkassen abgeleitet wurden.
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Konzentrationen bestehen bei den operationellen Risiken in folgenden Bereichen: Aufgrund der ausschließlichen Nutzung von IT-Anwendungen des Sparkassenverbunds bzw. der S-Rating und Risikosysteme GmbH bestehen hohe Abhängigkeiten im Falle eines Ausfalls der IT.

4.3 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Mit den eingerichteten Risikosteuerungs- und -controllingprozessen können die wesentlichen Risiken frühzeitig identifiziert und gesteuert sowie relevante Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2025 bewegten sich die Risiken innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Limitanpassungen ergaben sich zum 30. September bzw. 31. Dezember 2025 aufgrund der Ergebnisse der regel- und anlassbezogenen Risikoinventur. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 75,1 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen durch die Regulatorik, in weiteren starken Zinsanstiegen (u. a. Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3 n. F.) und im Fall einer sich weiter eintrübenden Konjunktur.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe (grün) zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen.

5. Chancen- und Prognosebericht

5.1 Chancenbericht

Unser Chancenmanagement ist fest in den jährlichen Strategieüberprüfungsprozess integriert.

Besonders vielversprechend erscheint eine stärker als erwartete Konjunkturentwicklung, getragen von einer steigenden Nachfrage im Wohnungsbau. Diese könnte die Bautätigkeit signifikant ankurbeln und somit zu einer erhöhten Kreditnachfrage sowie einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

Um unsere Ertragskraft nachhaltig zu stabilisieren und zu steigern, planen wir, unser Dienstleistungsgeschäft gezielt durch neue Produkte und Services zu erweitern. Zudem streben wir kontinuierliche Prozessverbesserungen an und setzen auf zukunftsweisende Investitionen in Informationstechnologien.

Eine weitere Stärkung unserer Marktstellung sehen wir im Ausbau unseres Multikanalbankings. Durch die Optimierung von Internetbanking-Angeboten und digitalen Vertriebskanälen, neben unserer etablierten Filial- und SB-Technik-Präsenz, adressieren wir den wachsenden Bedarf an flexiblen Banklösungen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

5.2 Prognosebericht

5.2.1 Rahmenbedingungen

Ausblick 2026

Der inzwischen seit vier Jahren andauernde Krieg in der Ukraine sowie anhaltende Unsicherheiten über die Handelspolitik der USA prägen den gesamtwirtschaftlichen Ausblick weiterhin. Die militärische Eskalation im Iran birgt zusätzliche Risiken. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft – insbesondere über Ölpreise, Handelsrouten wie die Straße von Hormus und globale Wertschöpfungsketten – hängen dabei stark vom weiteren Verlauf und Ausmaß des Konflikts ab. In die Prognosen, auf denen die folgenden Aussagen beruhen, sind die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten noch nicht eingeflossen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ging vor Beginn des Iran-Konflikts von einem ähnlichen Wachstum der **Weltwirtschaft** wie im Vorjahr aus (+3,3 %). Für 2027 erwartet der IWF eine Zunahme der Weltproduktion von 3,2 %. Der Welthandel dürfte sich nach Einschätzung des IWF im laufenden Jahr abschwächen (+2,6 % nach +4,1 % im Jahr 2025). Ein Belastungsfaktor ist der dämpfende Effekt höherer Zölle, der sich 2026 erstmals über ein volles Jahr hinweg auswirken dürfte.

Für **Deutschland** fällt der Ausblick verhalten aus. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten keinen nachhaltigen, sich selbst tragenden Aufschwung. Ihre Prognosen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2026 bewegen sich in einer Bandbreite von +0,8 % bis +1,5 %, wobei rund 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte des Wachstums auf einen positiven Kalendereffekt zurückzuführen sind. Für das Jahr 2027 erwarten die Wirtschaftsforscher im Jahresverlauf eine ähnliche Entwicklung, im Jahresdurchschnitt jedoch – aufgrund des positiven statistischen Überhangs – ein leicht höheres Wachstum zwischen 1,0 % und 1,6 %.

Die deutsche Wirtschaft steht vor wachsenden **internationalen Herausforderungen.** Dazu zählen die zunehmende internationale Konkurrenz in Schlüsselbranchen, geopolitische Konflikte sowie protektionistische Tendenzen. Ein wichtiger Unsicherheitsfaktor bleibt die künftige Handelspolitik der USA als zweitgrößtem deutschen Handelspartner. Hinzu kommen aktuell steigende Energiepreise, erhöhte Transportkosten sowie mögliche Unterbrechungen von Lieferketten. Diese Faktoren würden die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders belasten, insbesondere wenn sie über einen längeren Zeitraum anhalten.

Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierten in ihren zum Jahreswechsel veröffentlichten Prognosen eine leichte Zunahme der Ausfuhren aus Deutschland (+0,6 % bis +1,4 %) sowie einen stärkeren Anstieg der Einfuhren (+1,6 % bis +2,7 %). Damit dürfte der **Außenhandel** das BIP-Wachstum erneut dämpfen; die Prognosen gehen hier von einem negativen Wachstumsbeitrag von rund 0,4 Prozentpunkten aus.

Positive **Wachstumsimpulse** werden im Jahr 2026 dagegen von der **Fiskalpolitik** erwartet, wenn Maß-

nahmen wie das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) sowie das Investitionssofortprogramm zunehmend Wirkung entfalten. Neben steigenden Verteidigungsausgaben wirken auch steuerliche Entlastungen und Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten expansiv. Nach Einschätzung des ifo-Instituts könnte der expansive Impuls der Fiskalpolitik das BIP im laufenden Jahr um 0,7 Prozentpunkte erhöhen.

Die Inflationsrate im Euroraum dürfte sich im Jahr 2026 – gemäß den Prognosen zum Jahreswechsel – voraussichtlich in der Nähe der Zielmarke von 2,0 % bewegen. Vor dem Hintergrund einer moderaten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum wäre daher eine weitgehend unveränderte **Geldpolitik** der EZB zu erwarten, die keine zusätzlichen Impulse für die wirtschaftliche Dynamik setzt.

Im Februar gab es mit einem Anstieg des ifo-**Geschäftsklimaindex** auf 88,6 Punkte erste Signale für eine mögliche Belebung der deutschen Wirtschaft. Mit Ausnahme des Handels fiel die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage in allen Bereichen besser aus. Eine positivere Entwicklung in den kommenden Monaten erwarten vor allem Dienstleistungsunternehmen und Bauunternehmen, während sich die Erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe eintrübten. Trotz dieser Verbesserung überwiegen in den ifo-Umfragen weiterhin die negativen Einschätzungen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen. Die einzige Ausnahme bildet der Dienstleistungsbereich, in dem die positive Bewertung der aktuellen Lage leicht überwiegt.

Die **Produktion** im Verarbeitenden Gewerbe schwächte sich gegen Ende des Jahres 2025 ab; insbesondere Industrieunternehmen reduzierten ihre Produktion (-3,0 %). Angesichts der zuvor spürbaren Produktionsausweitungen und der insgesamt positiven Auftragsentwicklung spricht jedoch vieles für eine vorübergehende Abschwächung und nicht für eine grundlegende Trendwende.

So entwickelten sich die **Auftragseingänge** im Dezember 2025 deutlich positiv (+7,8 %). Auch im weniger volatilen Dreimonatsvergleich – und bereinigt um Großaufträge – lagen die Bestellungen im vierten Quartal 2025 um 2,5 % über dem Niveau der vorangegangenen drei Monate.

Die Aussichten für die **Baukonjunktur** haben sich verbessert. Alle großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten im Prognosezeitraum eine reale Zunahme der Bauinvestitionen. Die Prognosen zum Jahreswechsel reichen von +0,9 % bis +2,6 % im laufenden und von +1,8 % bis +3,4 % im kommenden Jahr.

Im **Wohnungsbau** sprechen gestiegene Auftragseingänge und Baugenehmigungen im vergangenen Jahr für eine mögliche Trendwende. Bis sich die steigende Zahl der Baugenehmigungen jedoch in der Bauproduktion niederschlägt, vergeht erfahrungsgemäß einige Zeit. Daher dürfte der Tiefstand bei den Wohnungsfertigstellungen vermutlich erst im Jahr 2026 erreicht werden.

Sowohl von den **Ausrüstungs- wie auch den Bauinvestitionen** erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahr 2026 leicht positive Beiträge zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum (+0,1 bis +0,3 Prozentpunkte).

Den größten **Wachstumsimpuls** (+0,4 bis +0,6 Prozentpunkte) erwarten die meisten Institute allerdings von den **Konsumausgaben des Staates**, die gemäß den Prognosen zwischen 1,5 % und 2,4 % zulegen dürften.

Die **privaten Konsumausgaben** dürften im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsimpuls liefern, wenngleich der Zuwachs insgesamt moderat (<1,0 %) bleiben dürfte. Zwar wird ein leichter Anstieg des real verfügbaren Einkommens erwartet. Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit sowie der weiterhin unsicheren wirtschaftlichen und politischen Lage bleibt die Verbraucherstimmung jedoch gedämpft. Darauf weist die Entwicklung des GfK-Konsumklimas hin, welches zuletzt gesunken ist. Die Sparneigung der Haushalte stieg laut GfK auf den höchsten Stand seit 2008.

Auf dem **Arbeitsmarkt** zeichnet sich in den vergangenen Monaten eine allmähliche Stabilisierung ab. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in den ersten Monaten des Jahres zunächst eine Seitwärtsbewegung. Im weiteren Jahresverlauf könnte die Arbeitslosigkeit im Zuge einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivität wieder sinken und die Beschäftigung zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2026 dürfte die Arbeitslosenquote damit nur leicht auf rund 6,2 % zurückgehen (nach 6,3 % im Jahr 2025). Für das Jahr 2027 wird dann ein deutlicherer Rückgang der Arbeitslosenquote auf unter 6,0 % erwartet; auch die Zahl der Erwerbstätigen dürfte wieder stärker steigen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihren Prognosen davon aus, dass der Anstieg der **Verbraucherpreise** in Deutschland 2026 mit +1,8 % bis +2,2 % ähnlich ausfallen wird wie im Vorjahr und im Folgejahr mit +2,0 % bis +2,4 % etwas höher liegen dürfte. Das Sondervermögen für Infrastruktur und

Klimaneutralität könnte tendenziell preiserhöhend wirken. Angesichts der Bedeutung der Energiepreise für die allgemeine Preisentwicklung hängt die Inflation allerdings in besonderem Maße vom weiteren Verlauf des aktuellen Nahostkonflikts ab.

Trotz eines Rückgangs um 8 % gegenüber dem Vormonat lag die Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** zu Jahresbeginn 2026 weiterhin auf einem hohen Niveau. Darauf weist der IWH-Insolvenztrend hin, der 4 % über dem Wert des Vorjahresmonats und 54 % über dem durchschnittlichen Januarwert der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019 lag. Die vom IWH erhobenen Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich das Insolvenzgeschehen in den kommenden Monaten auf hohem Niveau stabilisieren dürfte.

Auch zu Jahresbeginn 2026 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen **Unsicherheit** behaftet. Zu den bestehenden Risiken - insbesondere dem Krieg in der Ukraine und internationalen Handelskonflikten – sind weitere geopolitische Spannungen hinzugekommen. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft weiterhin vor strukturellen Herausforderungen. Wie sich die Entwicklungen im Nahen Osten auf die Weltwirtschaft, insbesondere auf den Ölpreis und internationale Transportwege, auswirken werden, dürfte sich erst in den kommenden Monaten zeigen. Entsprechend lassen sich auch die möglichen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft derzeit noch nicht abschließend abschätzen.

Die wirtschaftliche Lage in der Region Siegen-Wittgenstein bleibt angespannt. Nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2024 haben sich die Industrieumsätze im Jahr 2025 zwar leicht stabilisiert und sind um rund 1 % gestiegen. Dabei wurde die Entwicklung jedoch ausschließlich vom Export getragen (+11 %), während das Inlandsgeschäft weiterhin deutlich rückläufig war (−6 %).

Die Arbeitslosenquote liegt leicht über dem Vorjahr, bleibt jedoch weiterhin unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

Für 2026 wird eine verhaltene konjunkturelle Entwicklung erwartet, mit Impulsen vor allem aus dem Ausland. Gleichzeitig bleibt das wirtschaftliche Umfeld angesichts geopolitischer Spannungen und struktureller Herausforderungen von hoher Unsicherheit geprägt.

Vor dem Hintergrund der jüngsten geopolitischen Entwicklungen – insbesondere des Konflikts im Nahen Osten – hat die Unsicherheit über die weitere Inflationsentwicklung wieder zugenommen. Steigende Energiepreise und Risiken in den Lieferketten könnten den Rückgang der Inflation bremsen.

Die EZB hält die Leitzinsen nach den Zinssenkungen im Jahr 2025 die Leitzinsen auf einem stabilen Niveau.

In ihrer aktuellen Kommunikation betont die EZB daher einen abwartenden und datenabhängigen Kurs. Die Geldpolitik ist inzwischen deutlich weniger restriktiv, weitere Zinsschritte werden jedoch vorsichtig geprüft und bleiben stark von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängig.

Im bisherigen Jahr 2026 haben sich die Zinsen am Geldmarkt nahezu nicht verändert. So fiel die Euro Short Term Rate seit Jahresbeginn bis zum 15. April 2026, dem Tag der Aufstellung dieses Jahresberichts von 1,94 % auf 1,93 %. Am Kapitalmarkt war indes bei den zehnjährigen Bundesanleihen ein moderater Anstieg der Renditen festzustellen. Die Renditen der 10-Jährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresbeginn bei 2,87 % und bis zum 15. April 2026, dem Tag der Aufstellung dieses Lageberichts bei 3,03 %.

Die Deutsche Bundesbank erwartet, dass das Geschäftsumfeld der deutschen Kreditinstitute weiterhin herausfordernd bleibt. Sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren könnten zu erhöhten Risiken im Kreditgeschäft führen. Insbesondere eine anhaltende wirtschaftliche Schwächephase dürfte die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen erhöhen und damit die Ertragslage der Institute beeinträchtigen. Darüber hinaus sieht die Bundesbank die Kreditwirtschaft mit steigenden Kosten konfrontiert. Diese ergeben sich neben möglichen Belastungen aus Kreditrisiken insbesondere aus zusätzlichen Investitionserfordernissen im Bereich der IT- und Cybersicherheit infolge der fortschreitenden Digitalisierung sowie der zunehmenden Bedrohungslage im Cyberraum.

Auch wenn zuletzt teilweise wieder eine höhere Kreditnachfrage zu beobachten ist, stehen dieser Entwicklung restriktivere Kreditvergaberichtlinien gegenüber. Diese sind vor allem auf eine gesunkene Risikotoleranz der Institute sowie auf gestiegene Kreditrisiken zurückzuführen.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation kann es zu einem weiteren Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kommen.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

5.2.2 Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2025 rechnen wir mit einem weiteren moderaten Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft in Höhe von 1,5 % aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Privat- und Firmenkunden.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung erwarten wir für 2026 ein Wachstum der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 2,6 %.

Bei der Durchschnittsbilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg in Höhe von 1,0 %.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2026 aufgrund der konjunkturellen Voraussetzungen von sich verschlechternden Rahmenbedingungen aus.

5.2.3 Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

5.2.4 Ertrags- und Vermögenslage

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnen wir aufgrund von erhöhten Konditionsbeiträgen aus dem Kundengeschäft mit einen um rund + 1,1 Mio. EUR erhöhten Zinsüberschuss.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leichten Anstieg um 0,1 Mio. EUR aus.

Die Verwaltungsaufwendungen werden nach unseren Planungen mit + 1,1 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahreswert liegen.

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2026 ein leicht sinkendes Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,79 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von rund 867,3 Mio. EUR.

Die Entwicklung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft ist aufgrund der volatilen konjunkturellen Rahmenbedingungen weiterhin mit großen Prognoseunsicherheiten behaftet. Im Sinne einer konservativen und risikoorientierten Steuerung haben wir uns dazu entschlossen, das geplante Risikovorsorgevolumen auf dem identischen Niveau der Vorjahresplanung zu stabilisieren. Diese Planung beinhaltet bewusst einen deutlichen Risikopuffer gegenüber den niedriger ausfallenden, rein

systemisch ermittelten Prognosewerten. Da diese vorsichtige Planung über der tatsächlichen Inanspruchnahme des Vorjahres liegt, erwarten wir für das Jahr 2026 insgesamt ein leicht steigendes negatives Bewertungsergebnis.

Aus den eigenen festverzinslichen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen im Spezialfonds und in Immobilienfonds rechnen wir im Rahmen unserer Planung aufgrund einer konservativen Anlagepolitik mit einem nur leicht negativen Bewertungsergebnis.

Das sonstige Bewertungsergebnis ist von untergeordneter Bedeutung.

Für 2026 erwarten wir auf Basis unserer Kapitalplanung eine Eigenkapitalrentabilität von 3,0 %. Bei der CIR erwarten wir für 2026 ein Verhältnis von 70,8 % und damit einen höheren Wert als im Vorjahr.

Durch die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage rechnen wir mit einer weiteren Eigenkapitalzuführung von 2,9 Mio. EUR, was eine weitere Stärkung der Eigenmittel ermöglicht. Der vorgeschriebene Mindestwert nach der CRR von 8,0 % zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers, des SREP-Zuschlags und des antizyklischen Kapitalpuffers, wird mit einem Wert von 16,8 % überschritten. Die intern festgelegte Mindest-Gesamtkapitalquote liegt bei 17,0 %. Für die harte Kernkapitalquote rechnen wir mit einem Wert von 16,2 %.

Die intern festgelegte Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) soll über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 % liegen und wird zum 31. Dezember 2026 mit 11,9 % prognostiziert.

Insbesondere bei einer konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben. Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen, Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

5.3 Gesamtaussage

Die Planung für das Geschäftsjahr 2026 zeigt, dass die sich verschärfenden Herausforderungen aufgrund der Wettbewerbssituation und der Zinsentwicklung auch an unserer Sparkasse nicht unbemerkt vorbeiziehen. Trotz dieser schwierigeren Bedingungen sollte bei der prognostizierten Ertragsentwicklung eine angemessene Zuführung von Eigenkapital sichergestellt sein.

Wir bewerten unsere Aussichten für 2026 unter Berücksichtigung der dargelegten Rahmenbedingungen und der erwarteten Entwicklung unserer wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren insgesamt als günstig.

Aufgrund unserer umsichtigen Finanzplanung sind wir zuversichtlich, dass im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit stets gewährleistet ist und alle regulatorischen Anforderungen durchgehend erfüllt werden.